

Überraschende Wende im Briefe-Fiasko

Ungeöffnete Briefe: Der Skandal um nicht verschickte Mahnungen und Vollstreckungen wird von der Gemeinde Altenbeken Schritt für Schritt aufgearbeitet

Von Marco Schreiber

■ **Altenbeken.** Es ist kaum zu glauben. 3900 nicht zugeordnete Buchungen im System. 1600 ungeöffnete Briefe. Fast 1600 Mahnungen und 1000 Androhungen einer Vollstreckung, die ihre Empfänger nie erreicht haben. Offene Forderungen von mehr als 1,1 Millionen Euro. Ein Gesamtschaden von mehr als 400.000 Euro. Und trotzdem könnte die Gemeinde Altenbeken das Ende November entdeckte Briefe-Fiasko sogar mit einem Plus abschließen.

Diesen Schluss lässt die Rechnung zu, die Bürgermeister Hans Jürgen Wessels bei einer Sondersitzung des Gemeinderates am Mittwoch aufmacht. Fast zwei Stunden berichtet der Chef der Verwaltung über den Stand der Aufarbeitung, legt das Schadensbild dar, rechnet Forderungen zusammen, betreibt Ursachenforschung, kündigt Konsequenzen an. Am Ende spricht es Ratsherr Hermann Striewe aus. „Es wird ein Geschmacke bleiben, wenn wir sogar mit einem Plus rausgehen.“

Wie das? Bürgermeister Wessels fängt kurz nach 18 Uhr mit dem Jahr 2007 an. Damals sei in Altenbeken die kaufmännische Buchführung eingeführt worden. „Eine Zäsur“, sagt Wessels. „Das System wurde komplett überarbeitet.“ Vor diesem Umbruch müsse alles sauber gewesen sein, nicht vollstreckte Mahnungen wären aufgefallen.

Das Desaster begann also danach. Wessels vermutet eine überlastete Mitarbeiterin. Sie habe jene Arbeiten liegen lassen, die Zeit gehabt hätten. „Die Mahnungen und Vollstreckungen, da hat man fünf Jahre“, wegen der Verjährungsfristen. Sie habe das später abarbeiten wollen, ist Wessels überzeugt. Dazu ist es jedoch nie gekommen, die unverschickten Briefe wurden immer mehr.

Bemerkt wurde das nie. Wenn es sich um Forderungen anderer Gemeinden handelte, die per Amtshilfe von der Kasse in Altenbeken eingetrieben werden sollten, so genannte Vollstreckungsersuchen, blieben auch deren Mahnungen unbeantwortet. Nur zwei Mal habe ihn eine Beschwerde erreicht, so Wessels, 2017 von der Gemeinde Pulheim, 2018 vom LWL.

Und auch die Wirtschafts-



Liegen geblieben: Nicht verschickte Briefe tauchten in Aktenschränken der Gemeindekasse auf. Insgesamt wurden fast 1.600 gezählt.

FOTO: PIXABAY

prüfer haben wohl nichts bemerkt. 13 Mal seien die Jahresabschlüsse der Gemeinde zwischen 2007 und 2013 geprüft worden, 13 Mal wurde nichts beanstandet. Selbst dem Gemeindeprüfungsamt blieb das Minus in der Kasse verborgen.

In einem Bericht über die Jahre 2008 bis 2013 habe es geheißen: „Wir begrüßen die zeitnahe Mahnung und ebenso die daran anschließende zeitnahe Vollstreckungsankündigung.“ Wessels: „Wie soll man da auf die Idee kommen, es stimmt etwas nicht?“

Und trotzdem kommt die Gemeinde möglicherweise mit dem sprichwörtlichen blauen Auge davon. „Den verbleibenden Schaden schätze ich zwischen null und 262.672 Euro“, sagt der Bürgermeister. Er geht jedoch davon aus, dass die Gemeindeversicherung den Schaden komplett übernimmt. Sie müsse selbst bei direktem Vorschuss zahlen. Wessels: „Ich werde 100 Prozent Deckung verlangen.“ Ob er sich damit durchsetzen kann? „Es wird eine harte Verhandlung.“ Letztendlich sei aber auch die

Verursacherin zum Schadensersatz verpflichtet, die von ihrem Posten entbunden und in eine andere Abteilung versetzt worden sei.

Neben den Verlusten durch

die Verjährung stehen der Gemeinde nun auch Mehreinnahmen aus Säumniszuschlägen, Mahngebühren und der Verzinsung ins Haus. Bis kurz vor Heiligabend wurden bis zu

1000 Mahnungen und hunderte Vollstreckungsankündigungen verschickt, damit die Forderungen aus dem Jahr 2013 nicht auch noch verjähren, erklärt Wessels. „Überraschenderweise werden wir keinen oder nur einen geringfügigen Schaden erleiden.“ Was für die Betroffenen alles andere als positiv sei.

Weil diese Rechnung „wie ein Taschenspielertrick“ wirke, sollen alle Zahlen extern geprüft werden. Wessels: „Ich will das und habe das auch zum Ausdruck gebracht.“ Gleiches wollen auch die Ratsfraktionen. Was Wessels jedoch beschließen lassen wollte, ging ihnen nicht weit genug. Sie legten einen eigenen Beschlussantrag vor und forderten darin, Angebote von drei Wirtschaftsprüfern einzuholen, statt einen direkt zu beauftragen. Außerdem sollen mögliche „systembedingte“ Ursachen erforscht werden – eine Formulierung, um die lange gefeilscht wird, weil nur der Bürgermeister Ursachenforschung betreiben und die menschlichen Motive erforschen dürfe, so Wessels.

KOMMENTAR

Desaster um die versteckten Briefe

Jetzt ist auch Selbstkritik gefragt

Marco Schreiber

Niemand will etwas bemerkt haben vom Desaster um die versteckten Briefe in Altenbeken. Die Wirtschaftsprüfer nicht, die Gemeindeprüfer nicht, der Gemeinderat mit seinem Rechnungsprüfungsausschuss nicht. Auch nicht der Bürgermeister als Chef der Verwaltung oder laut dessen Aussage die Kollegen der verantwortlichen Mitarbeiterin. Wie konnte ihr jahrelanges Versäumnis in einer vergleichsweise überschaubaren Organisation dermaßen lange unbemerkt bleiben? Und wie ist es um diese Organisa-



tion und ihren menschlichen Umgang bestellt, wenn ein Mitarbeiter die nicht zu schaffende Arbeit versteckt, statt vertrauensvoll um Hilfe zu bitten? Es mag sicher richtig sein, die externen Prüfer in Regress nehmen zu wollen, was Bürgermeister Wessels prüfen will. Mindestens genauso wichtig ist ein kritischer Blick auf die eigenen Versäumnisse. Davon war bisher nur wenig die Rede. Dass die Gemeinde am Ende wohl glimpflich davonkommen wird, sollte niemand als Persilschein werten.